

Interdisziplinärer Politischer Salon der Heinrich-Böll-Stiftung „Zeit für Allmende“

Thema des Dritten Salongesprächs:

„Auf dem Weg in eine commonsgerechte Gesellschaft: Prinzipien des Commonsmanagements“

18. September 2008

Dokumentation der Diskussion. 19.45 – 22.00 Uhr

Rainer Kuhlen: Eindruck, dass beide Einführungen zu einer Ethikdebatte hinleiten. Prinzipien, Grundsätze, Ergebnisse – das sind alles Aussagen des Sollens. Was soll gemacht werden? Wie soll Demokratie aussehen? Zunächst mal ohne Berücksichtigung der Rahmenbedingungen, über Eigentum, Ansprüche an Eigentum. **Über Prinzipien kann man kaum Beweise führen und auch keine materiellen Interessen direkt festmachen.** Die meisten Forderungen :

Rechenschaftspflichtigkeit, Subsidiarität, Diversität... würden wir alle vollkommen unterschreiben. Aber bringt es uns weiter? Wir haben begonnen, die Verregelungsformen zu diskutieren, daraus kann man aber auch Verriegelungsformen machen und die sind sehr massiv. Sie haben unsere Gesellschaft geprägt. Das werden wir mit einer ethischen Debatte, mit bloßem Sollen nicht auflösen. Warnung vor Beliebigkeit...

Wir leben nicht in einer Welt in der es selbstverständlich ist, dass das, was öffentlich bezahlt wurde, auch öffentlich angeeignet werden kann. Das ist nicht einmal mit den demokratisch etablierten Strukturen vereinbar.

Malte Spitz: Widerspruch. Wir sind aber auf dem Weg dahin. Die Frage ist, mit welchem Druck und mit welcher Willenskraft? Ist es **bloß ein symbolischer Weg**, um etwas auszuprobieren **oder Teil einer neuen Strategie** – z.B. SWR erste Commons-Lizenzen wenn auch nur für wenige Minuten des wöchentlich produzierten Filmmaterials. Aber es ist ein Weg dahin. Die Möglichkeit ist also da – insbesondere in Wissenschaft und Kultur. **Ist auch machbar mit unseren Grundwerten und unserer demokratischen Struktur.**

Viel wichtiger ist aber doch der Punkt: Warum nur die Politik? Dies wurde mehrfach so genannt. Es ist aber nicht nur eine politische Frage – wenngleich Politik die Rahmenbedingungen setzen muss (Gesetze und Förderpolitik) und Umsetzung leisten muss. Es **muss vielmehr deutlich stärker zu einer gesellschaftlichen Frage werden.**

Wenn 200.000 Humboldtianer sagen: Ich will nicht mehr mit Windows arbeiten, da ich nur noch Linux nutze. Also kann ich keine nicht mehr meine Klausur schreiben, da Linux nicht im Uninetzwerk läuft. Also stärker **„einen Schritt von unten nach oben, statt immer nur von der politischen Ebene her als Designerebene (für Commonsmanagement) zu denken.“**

Die Herausforderung ist zudem, zu europäisieren. Das Ausbauen der Commons, zivilgesellschaftlich und politisch ist nichts mehr, was man im nationalstaatlichen Rahmen unternehmen kann. Dafür braucht man Europa und später auch die globale Ebene...

Christian Siefkes: Nochmal zur Frage der Prinzipien: klang in der Tat etwas idealistisch in der Einführung und auch RMS argumentiert so. Aber warum gibt es die Prinzipien? Dafür gibt es faktische Gründe. Damit eben Commons / Gemeingüter möglichst gut funktionieren. Da geht es also nicht um Idealismus. **So wie der Markt gewissen Regelungen braucht, brauchen auch die Commons gewisse Regelungen, um zu funktionieren. Das sind aber andere. Wir brauchen Prinzipien, damit Commons möglichst gut gedeihen.**

Auch wenn RMS idealistisch klingt, er sorgt mit der GPL ganz praktisch dafür, dass der Bereich der Freien Software einerseits immer größer wird und andererseits freie Software nicht mehr aus dem

Bereich der Commons herausgenommen werden kann. Da haben die Prinzipien ganz praktische Vorteile.

Benni Härlin: Verständnisfrage: **Hört der Markt da auf, wo Commons anfangen?** Ist Freie Software kein Bestandteil es Marktes? Ist UNIX kein System auf dem Markt? Unterscheiden wir *Hier Commons – Da Markt? Hier Kapitalismus – Da Gemeinwirtschaft?*

Christian Siefkes: Es gibt Anknüpfungspunkte, ist aber nicht dasselbe. Um die Freie Software, um Commons herum kann eine blühende Marktinfrastruktur bestehen (Support, Personalisierung...)

Rainer Kuhlen: Hört der Markt auf, wo Commons anfängt? Gegenposition: **Commons wird dann erst umfassende Realität, wenn es auf dem Markt angekommen ist.**

Benni Härlin: Genau, darauf wollte ich hinaus; ich erlebe den Informationsmarkt, als etwas, was nicht nur privatwirtschaftlich funktioniert. Markt der Eitelkeiten im Netz funktioniert sehr gut auch im Internet auch ohne Geld. Es gibt einen Markt, der so funktioniert: Ich befasse mich mit einer bestimmten Information und die stattet mich mit einer bestimmten Marktmacht aus, ohne dass ich proprietäre Ansprüche darauf habe. Ich halte es für unklug, sich vorzustellen, dass es in dem Moment wo es um Commons geht oder wo nicht bezahlt wird, kein Markt da wäre.

Bertram Keller: Die falsche Unterscheidung kommt doch daher, dass Markt mit Bezahlen gleich gesetzt wird. Natürlich nutzen alle diese Freien Lizenzen am Markt und zwar ganz bewusst, gerade um Qualitätsansprüche zu halten. Insofern, Zustimmung zu Rainer Kuhlen: **Genau dort ist die Commonsidee erfolgreich, wo sie das Marktprinzip mit nutzen kann und wo Institute geschaffen worden (wie CC Lizenzen), wo es produktiv diese Marktmechanismen mit nutzen.**

Ich glaube auch, dass wir deshalb mehr dazu übergehen sollten, konkret solche Institute der commons anzuschauen (wie CC) die aber allgemeiner, auch auf beide Sachen anwendbar sind (also auch auf natürliche Ressourcen zu beziehen sind.) Alle Commons müssen reinkommen. Das sind wir schnell wieder bei der Frage der Möglichkeit, die Eigentumsstrukturen abzuändern. Glaube, dass uns das weiterbringt, als nur eine ethische Prinzipiendiskussion zu führen. Ich bin übrigens sehr froh, dass es nicht „nur“ um eine Diskussion des Guten Lebens geht, da gibt es a bekanntlich sehr viele Versionen des Guten Lebens. Ich wäre froh, wenn es ein universelleres, neutrales Rechtsinstitut gäbe, das eben nicht das „Gute Leben“ vorschreibt.

Oliver Moldenhauer: Auf Annette Mühlberg eingehend: Gute Beschreibung der Kämpfe die es gibt, aber eben auch nicht gibt – im Bereich Privatisierung von Kultur oder Inhalten oder aus meinem eigenen Arbeitsbereich (Zugang zu Medikamenten – Entwicklung eines neuen TB Impfstoffes mit öffentlichen Mitteln, der dann aber an eine große Pharmafirma verkauft wird.) **Also, die Forderungen werden klar, aber sie dringen nicht richtig durch. Wenn wir nun Peter Barnes folgen, würde man sagen: Lasst uns einen Trust aufbauen. Lasst uns diese öffentlichen Rechte an Wissen an einen trustee übertragen, damit er sie erhält. Kann man das so anwenden?** Du hast das ja angeschnitten: Die Frage ARD und ZDF im Internet – ist eine relevante Frage, zentral für unsere Kultur, aber kein Mensch nimmt sie so richtig ernst. Also, kann man trusts bauen? Der sich darum kümmert, dass öffentliches Wissen genauso wenig patentiert werden kann wie im Bildungsbereich.

Thierry Chervel?: Bill Gates ist natürlich ein Böser Bube, das ist klar. Ich finde es sehr wichtig, die Stadt München und alle öffentlichen Verwaltungen dabei zu unterstützen, auf Linux

überzugehen – allein schon wegen der Einsparung von Milliarden von Lizenzkosten.

Kehrseite: Ich glaube, dass Microsoft so stark geworden ist, **weil es ein bestimmtes Bedürfnis nach Standardisierung gibt**. Dieses Bedürfnis hat Microsoft mehr schlecht als recht befriedigt. Stellen wir uns vor, alles wäre noch wie zu Anfang des Internets mit einer Vielzahl an Betriebssystemen... dann hätten sich diese Dynamik des Internet vielleicht gar nicht entfalten können. Zwiespalt: Man muss so etwas wie MS in einem gewissen Grade zulassen. Ein ähnlicher, fast noch problematischerer Fall ist Google. Es muss also immer gesellschaftliche Kräfte geben, die da gegensteuern (z.B. mit Linux) und die müssen auch öffentlich gefördert werden. Aber diesen Zwiespalt, werden wir nicht abschaffen. Wir werden nicht irgendwann im besseren Leben landen.

Annette Tönnies: Ich halte Trust oder Treuhändertum natürlich für eine gute Möglichkeit, aber wie können wir das legitimieren ohne die Bewegung von unten? Wie können wir all das, was öffentliches Gut ist, wirklich wieder zu solchem Machen. Wer gibt es uns dafür in die Hand. Bei uns (GLS) ist es so, dass die Leute und trauen und uns Sachen überlassen. Es gibt Bedingungen dafür, wer melden zurück, wir fördern nur den gemeinnützigen Sektor. Wenn wir es auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene heben wollen, wird es aber viel komplizierter, v.a. die Frage, wo die Legitimation herkommt. Ob uns Barnes da weiterhilft, ...

Rainer Kuhlen: Zu Barnes' Vorschlägen: Es gibt ja diesen Vorschlag, der auch im Wahlkampf eine gewisse Rolle spielt. Der Alaska Permanent Fond (aus den Einnahmen der Erdölförderung -konzessioniert an privat- geht ein Gutteil an den Staat zurück und zu einem Teil aber auch an die BürgerInnen, so dass jeder Bürger aus Alaska einmal im Jahr einen Scheck bekommt. Deswegen läuft auch der Fonds gut. Modelle gibt es also schon. Sie in der GLS bekommen aber privates Eigentum in einen Trust, in Alaska landet öffentliches Eigentum in einem Trust. Das ist der große Unterschied.

Martin Rocholl: Nachfrage an IT Experten? Ist die rasante Softwareentwicklung eigentlich erwachsen aus dem Spannungsfeld derer, die Linux vorantreiben und den Microsofties? Wenn wir das von vornherein als Commonsprojekt gestartet hätten, wären wir dann soweit, wie wir heute in der Softwareentwicklung sind?

Silke Helfrich. Für die Freie Softwareseite: Ich würde eindeutig sagen Ja. Zuerst war die Idee: Zuerst war die Antwort auf die Frage: „**Welche Gesellschaft will ich?**“. **Die des Teilens, die der Solidarität und die der Menschlichkeit. Und der Ärger darüber, dass Proprietäre Software genau das verhindert. Und zwar bewusst und gezielt verhindert.** Zuerst gab es also das Leitbild. Auch im Eingangsstatement habe ich versucht, das Leitbild zu entwerfen. Erst danach können wir Institutionen und Regeln entwerfen. Genau das war bei der Freien Software zuerst da. Stallman war damals sozusagen der beste Autoschlosser der Welt. Und er hat sich das Fahrzeug so zusammengebaut, wie er es braucht, um diesem Leitbild zu folgen. So habe ich diese Geschichte verstanden und so vertritt er sie auch. Stallman vertritt die **Freie Software als Politisches Projekt und keinesfalls als Konkurrenzprodukt** zu Microsoft.

Annette Mühlberg: Es geht nicht darum zu sagen, wir verbieten Microsoft. Wir haben ja hier eine Demokratie. Darum ging es gar nicht. ... es gibt viele Geschichten um die Entstehen und der Freien Software. ... Es geht aber ab einem gewissen Punkt um die praktische Restriktion von Leuten, die Geschäfte

machen wollen. Und um diese Frage geht es: **Werden wir in unserem Handeln eingeschränkt?** Dürfen wir bestimmte Dinge nicht machen? Wir dürfen bestimmte Geräte, die bei uns zu Hause nicht mehr manipulieren. Wir dürfen diesen Akt nicht mehr ausführen, das ist dann gesetzeswidrig. Das hat einen surrealen Umfang angenommen. Es geht längst nicht mehr nur um die Frage, ob ich kopieren oder weitergeben darf. Wir kommen hier zu ganz verrückten Sachen. Bei Softwarepatentierung können Leute damit bedroht werden, dass sie bestimmte Dinge genutzt haben – und ganz schnell sind sie platt. **Es geht deshalb um Handlungsfreiheit. Nicht darum, ob jemand eine bestimmte (Microsoft) Software nutzen oder verkaufen darf.** Die Frage ist, wirst Du in Deinem kreativen Handeln eingeschränkt? Das sind hier die spannenden Fragen. Deswegen teile ich die Herangehensweise (Markt oder Commons) nicht.

Zudem ging nicht nur um Politik. Ich habe sie deshalb adressiert, weil sie die letzten beiden Male deutlich zu kurz kam. Und ich möchte die Demokratie an dieser Stelle verteidigen. Wenn ich mich als Demokratin verstehe, **ist es jetzt dringend an der Zeit, unsere Anforderungen zu formulieren, weil sonst die Demokratie den Bach runtergeht.** Zugleich habe ich dieser Forderung den Idealismus und die Moral eines Richard Stallman zur Seite gestellt. Natürlich können wir privat agieren, aber wir sollten die Ansprüche an die öffentlichen Strukturen nicht außer Acht lassen. Wir brauchen auch öffentliche Strukturen für das, was öffentlicher Reichtum ist.

Doch diese Ignoranz in der Debatte ist erschütternd. Das Perverse ist doch, dass dieser öffentliche Reichtum ohne Diskussion privatisiert wird. Politiker nehmen „das bisschen digitale Rechte“ gar nicht als schützenswertes Gut wahr. Das ist unglaublich. In diesem Kontext mit kommunitaristischen Bezügen zu argumentieren, ist unzureichend. Ich habe noch ein bisschen Hoffnung in eine demokratische Infrastruktur, auf die wir uns verlassen können... und natürlich ist das, was wir fordern (was öffentlich bezahlt wurde, muss auch öffentlich bleiben), demokratiekompatibel.

Oliver Moldenhauer: Ich meinte eigentlich: Können wir uns andere Institutionen denken, die diesen öffentlichen Reichtum verteidigen? Hätten wir z.B. Treuhänder, die im Sinne einer GPL die Urheberrechte haben an dem, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk produziert. Haben wir dafür eine Institution? Z.B. eine „Treuhändanstalt“ für alle Urheberrechte der ÖR? (Privat haben wir das. Individuen sind Urheberrechtsträger.) Über solche Institutionen würde ich gern nachdenken. Ich teile übrigens die Kritik, dass es eine zu große Staatskritik bei den Leuten von IT/ Netzfreiheit gibt.

Ergänzend zur Antwort auf Martin Rocholl:

Ein häufiges Missverständnis ist: Freie Software ist nicht wettbewerbsfrei. Da gibt es durchaus ein großes Hauen und Stechen. Freie Software Projekte gehen ein, schöpferische Zerstörung findet statt. Es gibt ganz viel Konkurrenz. Aber wahrscheinlich kommt von Microsoft schon auch neue Energie für die Schaffung von Freier Software. **Es geht aber tatsächlich nicht darum, Microsoft zu verbieten, sondern darum, den Wettbewerb freier zu machen. Durch offene Standards – durch Kopplung von verschiedenen Komponenten.** Linux ist nicht ein Block, sondern ein Riesenkampf.

Wie können wir nun aber Institutionen schaffen, die sich um diese Themen kümmern. Wir schaffen es im Augenblick nicht über die Öffentlichkeit. Der klassische Weg: Wir initiieren eine soziale Bewegung, dann haben wir Verbände – in 50 Jahren z.B. einen BUND für diesen Bereich mit gewissen Einflußmöglichkeiten..., funktioniert zur Zeit nicht. Gibt es andere Wege?

Martin Rocholl: So ganz ist meine Frage noch nicht beantwortet. Was ich heraushöre ist: Es gibt kein Entweder – Oder, sondern zwei Welten, die nebeneinander herlaufen und sich eventuell sogar

gegenseitig befruchten. Bleiben wir bei dem Beispiel Microsoft und Open Software. Wenn ich das befürworte, muss ich doch Microsoft zu einem gewissen Teil auch genehmigen, den Zugang zu dem, was sie erfunden haben, in gewisser Weise zu begrenzen. Sonst können sie es nicht mehr verkaufen. Es ist also eine Art Parallelwelten. **Es geht nicht darum, die Idealwelt der Commons durchzuziehen, sondern dem Commonsbereich in der Software größeren Raum zu verschaffen.** Da stimme ich vollkommen zu. Auch bezogen auf das Tuberkulose Beispiel: Wenn wir jetzt nur noch Commons hätten, wäre der Impfstoff überhaupt entwickelt worden?

Benedikt Härlin: Ich nehme die Debatte wahr, als gäbe es eine Konkurrenz. Hier der Commonsmarkt – da der richtige Markt. Der Privatmarkt. Das mag für die Softwareentwicklung typisch sein. Mich interessiert aber Folgendes: **Ein Gemeingut zeichnet sich doch dadurch aus, dass es der Gemeinschaft gehört, dass sie die Verfügungsgewalt darüber hat. Was auch einschließen kann, dass sie alle möglichen privaten Unternehmen damit beauftragt, alle möglichen Dinge zu erledigen. Aber im Grunde geht es um das Verfügungsrechte.**

Anders ausgedrückt, ist das, was Google an Informationen über unser Verhalten sammelt, nicht eigentlich ein klassisches Commons? Wir stellen es gemeinsam her. Wie kommt Google dazu, diese Information über unser Informationsverhalten zu privatisieren? Wäre es nicht sinnvoller, wir würden Google zumindest **Vorgaben zu machen, wie sie dieses Gut in bestimmter Weise zu verwalten haben.**

Mich interessiert jedenfalls nicht der Unterschied zwischen Freier Software und Privater Software als zwei konkurrierende Systeme.

Rainer Kuhlen: Genau das habe ich gemeint. **Wenn man es grundsätzlich sagen muss: dann etwa so: es kann an Commons kein privates Eigentum geben, wohl aber können private Nutzungsrechte entstehen, aber nur wenn dafür eine Kompensation, eine Entschädigung über einen trust oder was auch immer erfolgt, an dem die Öffentlichkeit partizipieren kann.**

Bei dem Google Beispiel kann man sehen: Es wirkt deshalb so verführerisch, weil sie die Öffentlichkeit partizipieren lassen, in dem Sinne, dass der eigentliche Dienst von Google frei ist. Wir zahlen nicht mit Geld, sondern mit unseren Informationen. Sie (Google) würden deshalb sagen: Wir geben etwas an die Öffentlichkeit zurück. Kein Geld, aber wir geben etwas zurück indem der Suchdienst frei ist. Das ist verführerisch, aber reicht es aus?

Zu Annette Mühlberg: Was hat Dich theoretisch veranlasst zu glauben, dass die politischen Institutionen (Regierungen, Parlamente) in Sachen Teilhabe aller an den heutigen offenen Räumen, die geeigneten Institutionen für die Verwaltung der Commons sind? Empirische Daten sprechen strikt dagegen.

Zwischenruf: Wer sonst?

Rainer Kuhlen: Das will ich gerade fragen... Die Entwicklung der ökologischen Prinzipien, die heute auch Prinzipien der Wirtschaft geworden sind, wurden ja nicht durch Gesetze – also letztlich durch politische Institutionen- hervor gebracht, sondern durch andere Organisationsformen. Dass die Softwarepatentierung in Brüssel nicht durchgekommen ist, war nicht dem *good will* der Politiker zu verdanken, sondern einer breiten Allianz von Organisation, NGOs und Wirtschaft. IBM macht zwei Drittel seines Umsatzes mit Freier Software. Dass es so gekommen ist, hat nichts mit der Politik zu tun. Wir müssen also andere Formen der Aktivierung, der Bewusstseinsbildung, der Institutionalisierung finden, um sie dann -über den politischen Prozess- in Gesetze zu gießen.

Oliver Moldenhauer: Unklar ist mir die Aussagen von Rainer Kuhlen über „andere

Organisationsformen“ am Beispiel der Erfahrungen der Ökobewegung. Meine Wahrnehmung ist, dass auch Organisationen wie das BMU eine wichtige Rolle spielen.

Antje Tönnies: Die Frage ist, an welchem Punkt. Wer steigt wann ein? Macht die Politik das? Übernimmt sie Verantwortung? Sie macht es natürlich nicht ohne einen bestimmten Druck. Und das ist fast die entscheidende Frage. Nehmen wir ein ganz klassisches Beispiel der Allmende; Wald; in städtischem Besitz oder im Besitz eines Landes, gehört uns allen und ist doch weit davon entfernt, diesem Regelwerk entsprechend verwaltet zu werden. Und da ist in der Tat die Frage, wie wir genug Druck entwickeln oder ein Bewusstsein, zu dem zu kommen, was ohnehin uns gehört?

Christoph Schlee: Es scheint mir ein Missverständnis zu geben: Wir müssen unterscheiden zwischen der Anwaltschaft (entsprechend dem Beitrag von Sven Giegold/ letztes Salongespräch) und jenen, die die Umsetzung machen. Diese Unterscheidung ist wichtig. In Sachen Anwaltschaft sind wir tatsächlich noch nicht so weit. Man kann nicht sagen: Commons sind so gestärkt, dass es eine Vertretung für sie gibt.

Wir haben ganz viele unterschiedliche Commons. Z.B. im Bereich der Kultur. Da sollten wir nicht nur von Freier Software reden. Wir können uns auch über die Schließung von Offenen Kanälen und Freien Radios (Beispiel NRW) oder insgesamt Fragen von Werbung und Kultur unterhalten. Auch da sind Commons berührt. Auch da müssen wir uns fragen: Wo sind die jeweiligen Kümmerer? Und deshalb scheint es mir sinnvoll, noch einmal auf den Anfang zurück kommen. Auf die Frage der Prinzipien, von der wir uns zu weit entfernt haben. **Ich glaube, dass eine vertiefte Prinzipien Diskussion notwendig ist, um all diese Commonsakteure gewissermaßen in einem gemeinsamen Bewusstsein zu vereinen.** Diese Diskussion muss geführt werden, und sie wird geführt. **Sie wird angestoßen durch Notsituationen (Stichwort Klima). Durch die Mangelsituation werden wir überhaupt aufmerksam, dass es so etwas wie commons gibt.** Auch wenn es sie schon seit Hunderten von Jahren gibt... sie sind tatsächlich vergessen oder auch bewusst verdrängt worden.

Ich glaube, **dass wir den Bereich des Dritten konstituieren müssen. Wir brauchen ihn. Wir können nicht einfach sagen: Wir schieben das an den Staat zurück. Natürlich muss die Politikszene letztlich die Umsetzung machen, aber wir brauchen eine starke Kultursphäre.** Ich würde sagen, dass sind alles geistige-kulturelle Fragen. Gleich ob Ökologie, Software, Fernsehen, Radios.... Und **sie haben noch keine systematische Anwaltschaft.** Aber wir haben lauter kleine Anwälte, die beginnen, sich miteinander zu unterhalten: Dieses Gespräch muss man fortsetzen.

Lili Fuhr: Das bietet gute Anknüpfungspunkte, um ein paar Dinge auf die natürlichen Ressourcen zu übertragen und auf die Prinzipien zurück zu kommen.

Diese Skytrustidee à la Barnes geht von der Frage aus: Wem gehört die Atmosphäre? Sie gehört allen. Sie ist schon da. Ihre Nutzung muss aber geregelt werden. Die Einnahmen, die in der Nutzungsverwaltung entstehen, müssen in einen Trust gehen und den BürgerInnen, denen die Atmosphäre gehört, letztlich zu Gute kommen. Auf der europäischen Ebene wird nun diskutiert, wie viel von dem, was an Emissionsrechten vergeben wird, nicht verschenkt wird (wie in der ersten Runde), sondern möglichst komplett versteigert. (Da gibt es Skytrustelemente / S.H.). Aber - und das berührt die Prinzipienfrage- was passiert dann mit dem Geld? Wenn es einfach in der Kasse der Finanzministers landet und jeder Finanzminister entscheidet, was er damit macht, haben wir noch kein Commonsmanagement. Sondern da geht es dann schon um Fragen wie Gemeinwohlorientierung, Transparenz, Rechenschaftspflicht usw. Deshalb glaube ich, dass wir ohne die Prinzipien Diskussion auch nicht voran kommen.

Annette Mühlberg: Kurze Nachfrage: Du meinst, ein Finanzminister unterliegt keiner Rechenschaftspflicht? Das ist wichtig zu diskutieren, denn das **scheint mir eine besondere Form der Privatisierung**. Wenn wir alles zweckbinden, bleibt nichts mehr übrig. Das gibt es Erläuterungsbedarf.

Martin Rocholl?: Es gibt diesen idealistischen Gedanken, da entwickeln wir trust, mit 5-6 ganz guten Menschen, die alles für uns lösen. Das wird aber unpolitisch. Ich habe das schon in der Form gelesen: „**Die Politik ist unfähig, das Ganze zu lösen, deshalb gründen wir einen Trust.**“ Das kann ich mir so nicht vorstellen. Vielleicht muss man es so formulieren:

Die Politik muss den trust schaffen und sei muss ihn kontrollieren. Vielleicht ist es gut, wenn da fünf Leute drin sitzen, die nicht Finanzminister sind, weil sie einen breiteren Blick auf das Ganze haben. Aber letztlich muss die Politik die Regeln setzen und auch kontrollieren. Dieser Gedanke, wir schaffen eine Gruppe von Leuten, die – weil sie trustees sind- alles richtig machen, erzeugt ein gewisses Schaudern.

Oliver Moldenhauer: Der Kern der Trustdiskussion ist weniger, dass sie besonders gut sind, sondern **der Sinn von solchen trusts ist, die Langfristigkeit sicher zu stellen**. Sozusagen, **die demokratische Entscheidungsfindung ein Stück zurück zu drängen, damit der demokratische Prozess (die nächste Regierung) nichts zerstört, was nicht rückholbar wäre. Lasst uns lieber jetzt irreversibel festlegen, dass sie nicht zerstört werden**. So herum ist das zu denken. Die Einnahmen kann man dann tatsächlich über die demokratischen Prozess verteilen. Aber im Kern geht es darum, institutionell zu verhindern, dass Commons zerstört werden.

Rainer Kuhlen: Genau, es geht um das Wie des Trust Magements. Trust management ist letztlich Vertrauensmanagement. Die Leute, die trusts betreiben, sind in der Regel Juristen oder Ökonomen und nicht irgendwelche guten Menschen. Da kommen wir doch wieder zur **Prinzipienfrage: Wie soll das Geld, das generiert worden ist, verteilt werden?** Es soll eben kein Kernkraftwerk damit gebaut werden. Das ist die Aufgabe der Politik. Nicht die, dem trust die Ziele vorzugeben, die er zu verfolgen hat. Die kommen aus der gesellschaftlichen Debatte. **Die einzige Rolle des Staates und der Politik ist, dass die Prinzipien des Trustmagements eingehalten werden**, das ist doch viel wichtiger. Nicht die, dafür zu sorgen, wie das Geld ausgegeben wird.

Martin Rocholl: Die Prinzipien unterliegen aber doch einer ständigen politischen Diskussion. Die kann ich nicht einmal festlegen. Das ist so bundesbankmäßig. Inflationkontrolle ist alles und sonst nichts. Egal wie sich die Welt entwickelt. Das scheint mir unvorstellbar...

Silke Helfrich: Zeit, um die Richtung der Debatte noch einmal reflektieren.

Zwei Aspekte der bisherigen Diskussion aufgreifen und ggf klar stellen.

Erstens – die Softwarediskussion reflektierend: **Es geht in der Tat um das, was man mit der Ressource macht, von der wir festgestellt haben, dass sie allen gehört**. Das ist eines – aber nicht das einzige – Merkmal der Commons. Und darum geht es in der Freien Softwarebewegung. In der Softwarebewegung gibt es nicht nur Einigkeit, aber es ist klar, dass die Ressource (code) allen zu Gute kommen muss. Und das ist exakt dasselbe, was in der Saatgutdebatte diskutiert wird. Man hat dort die Tradition des Teilens, des Austauschs, und damit der Pflege und Hege der Commons schlicht im privaten Interessen unterbunden. Hat somit Dinge, die sich normalerweise selbst reproduzieren gegen Lizenzgebühren verkauft und damit **Abhängigkeit** geschaffen. Und das **ist das Problem**. Also es geht darum immer darum: **Wer darf prinzipiell was womit machen und was nicht?**

Zweitens: Dieses heftige Plädoyer für den demokratischen Rechtsstaat begegnet einem so Mexiko nicht. Da würde man sich eher wundern, woher so eine Debatte kommt. Der demokratische Rechtsstaat, hat nicht verhindert, dass die Wiege des Mais' ausgetrocknet wird und der Mais jetzt aus den USA importiert werden muss.

Es gibt an keiner Stelle in der Commonsdebatte keine Entweder-Oder Diskussion: pro commons – contra Markt, pro community - contra Staat. Es gibt auch keine Definition des Guten Lebens, das Diversitätsprinzip ist in dem Guten Leben aufgehoben. Ebenso in der Institutionendebatte. Aber wir müssen uns die Fragen stellen: Woran messen wir das Handeln dieser Institutionen?

Und dafür ist es hilfreich, sich über die Prinzipien, über das WOHIN, noch einmal klar zu werden. Peter Barnes hat m.E. keine Blaupause geschrieben für *die* commons, sondern eine für das Management globaler natürlicher Ressourcen am Beispiel des Emissionshandelns. Und dann stellt sich die Frage: Wie verhält es sich genau mit dem Emissionshandel, oder mit dem Alaska Permanent Fund? Ist er wirklich so commonsverträglich? Muss denn die Ölförderung, die dem Rest der Welt die Luft verpestet, auch noch mit Geld für die Bürger Alaskas honoriert wird? Trusts müssen genauso kritische begleitet werden wie staatliche Institutionen oder communities. Historisch gesehen ist es so, dass sich die communities um die commons verdienter gemacht haben, als der Staat.

Daher ein Plädoyer nochmal bei der Überlegung anzuknüpfen: Wofür dient uns die Bewusstmachung der Prinzipien, wenn wir darüber nachdenken, wie Institutionen auszusehen haben und welche Akteure sie tragen.

Es erfolgt ja nicht nur in der IT das technische Design so, dass es den Umgang mit den Commons bestimmt, bis dahin, dass manchmal die politischen Entscheidungsträger gar nicht mehr merken, dass ein Common privatisiert wird. Wie bei der proprietären Software.

Das ist bei den historischen Commons ähnlich. Es gibt zum Beispiel in der Schweiz die Zelgenwirtschaft – dort wurden bewusst relativ großflächige Landstücke so angelegt, dass keine Wege die Privatparzellen trennten. Das Weglassen der Wege zwang die Bauern zu kooperieren und sich einig zu werden, wie was angebaut wird. Damit wurde auch das Brachland überflüssig ...

Es geht also um ein Design von Institutionen, die die Verfügbarkeit der Commons sicher stellt...

Einwurf: Also kein Rechtsstaat. sondern eine kollektive Entscheidung zum Zwang...

Silke Helfrich: Mir ist nicht klar, wo dieses Missverständnis herkommt, da ich immer betone, dass **eine der lessons learnt des Commonmanagement ist, dass jede Eigentumsform und jeder Versuch der Institutionalisierung bereits ihren Erfolg und ihr Scheitern bewiesen hat.**

Man muss immer sehr genau hinschauen, wer und welche Institution was leistet und was nicht. Deswegen ist es wichtig, uns zu fragen: Was sind unsere Maßstäbe und unsere Kriterien, um das Handeln des Staates zu messen oder etwas einzuklagen?

Benedikt Härlin: Aber die Attraktivität der Diskussion über die Commons hat doch sehr viel mit dem Staatsversagen zu tun. Unmittelbar. Und zwar auf zwei Ebenen.

Die eine Ebene, die im Kontext der Informationsgesellschaft, der Softwareentwicklung interessant ist, ist die ist die **Privatisierung des Politischen**. Also die Berliner Republik als Konzept von amerikanisch anmutenden privaten PR Agenturen, denen die Parteien/Entscheidungsträger mehr oder weniger folgen.

Die Aushöhlung unseres Demokratiebegriffs, der auch nicht dadurch beizukommen ist, dass man

sich auf das Grundgesetz beruft und sagt, alles andere sei doch viel schlimmer.

Die andere Ebene ist der Umgang mit dem klassischsten aller Commons, das vom Staat verwaltet wird, nämlich dem Militär: Die Grundfeste staatlicher Existenz überhaupt. Nur so lange ich das Gewaltmonopol habe, bin ich ein Staat. Wenn wir uns den Einsatz dieses Monopols anschauen, den Einsatz dieses Commons (Militär) weltweit ansehen, gibt es einigen Grund, dem Staat zu misstrauen. Es gibt aber auch keinen Grund, sich vorzustellen, wenn wir das Gewaltmonopol in einen Trust 3.0 überführen, würde die Welt eine bessere. Und das ist interessant.

Wenn es uns gelingt, zu abstrahieren davon, ob es nun eine Markt- oder eine Staatsgewalt ist, die sich, gegen eine – von uns abstrakt gedacht- Allgemeinheit etwas bemächtigt, wäre das sehr produktiv.

Subversiv wird die Debatte da, wo wir auch mit Marktmechanismen die ungerechtfertigte Bemächtigung der Commons -auch durch andere Formen von Raubrittertum wie zum Beispiel Politik- angreifen und kontrollieren.

Wolfgang Kessler: Was mir auffällt ist, dass immer ein Widerspruch zwischen den Zielen der Commons und der Demokratie im Raum steht. **Man traut der Demokratie nicht zu, den Zugang, Schutz, das Teilen von Commons zu organisieren.** Und konstruiert deswegen trusts und immer mit dem Verweis darauf, man möge dort Fachleute hinsetzen und immer wieder auf bestimmte Ziele verpflichten. Dahinter steckt doch, dass man eigentlich glaubt, die Demokratie schafft das nicht. Wenn man das glaubt, dann ist das ein Problem.

Einwurf: Die repräsentative Demokratie ist nur eine spezielle Form der Demokratie...

Christian Siefkes: Dafür gibt es doch ganz konkrete Gründe – das knüpft an die Debatte: Warum kann es nicht der Finanzminister direkt machen? **Die Idee bei solch einem Trust ist, dass kein Verkäufer entsteht.** Der Finanzminister hat ja am Ende auch ein Interesse daran, viele Emissionsrechte zu verkaufen, da diese seinem Haushalt gut tut. Da ist die **wichtige Idee, dass der Trust eben nicht explizit über eine im Nachhinein zu regelnde Nutzung verfügt.** Das Geld gehört einfach allen, wird am Ende auch an alle ausgezahlt und da gibt es keine Interessen mehr durchzusetzen.

Und anknüpfend an die Frage: **Warum traut man der Demokratie nicht? Da ist ja genau die Erfahrung der Commonsbewegung um Wissen und Kultur, dass immer mehr Wissen eingeschlossen wurde, immer mehr Gesetze zur Privatisierung der Commons erlassen wurden und die Sphäre der Commons immer kleiner wurde. Das war eine Bewegung, die vom Staat kam – eben den Lobbyisten folgend.** Daraus entstand eine basisdemokratische Bewegung, die sich auch über den Staat durchgesetzt hat ... aber der Druck musste von unten kommen.

Hans Joachim Döring: Es gibt so einen romantischen Zug, der tendiert zu: „Bloß weil der Staat schlecht ist, sind alle Commonsdebatten schon gelungen“. Das scheint ein Kurzschluss. Natürlich müssen wir uns überlegen, wie wir zu anderen – nicht vierjährigen- Zeithorizonten kommen. Natürlich müssen wir dieses Denken in die Politik hinein tragen. Aber auch hier kann es keine Entweder-Oder Diskussion geben, auch kein „flotter romantischer Zug“.

Wolfgang Sachs: Das versteht sich von selber. **Es gehört doch gerade zu den Grundprinzipien des demokratischen Aufbaus, dass er vielgliedrig ist. Gewaltenteilung gehört auch zu den Grundprinzipien.** In meinen Augen hat die Diskussion um spezifische Commonsinstitutionen damit zu tun, das weiterzudenken.

Das hat m.E. viel mit den Commons zu tun. **Also wie eine Vielgliedrigkeit im staatlichen**

institutionellen Aufbau entstehen kann, wo relativ unabhängige besondere Aufgaben wahrgenommen und erfüllt werden können. Das haben wir am Beispiel Zentralbank genannt. Das ist **nicht abgehoben von der Demokratie, sondern die Demokratie hat dann die Aufgabe, Institutionbuilding zu betreiben und damit das Thema aus dem alltäglichen Entscheidungszwang etwas herauszunehmen.**

Wolfgang Kessler: Das finde ich sehr weiterführend. Was mich jedoch abgeschreckt hat, ist die Logik zu sagen... die Demokratie ist eine kurzfristige, ist eine auf vier Jahre angelegte Institutionen, ist unfertig, hat sich nicht stabil gegen Lobbyinteressen erwiesen... was zweifellos richtig ist. Daraus aber den Schluss zu ziehen, man müsse große Menschheitsprobleme an ihr vorbei vorbei lösen wollen, das wäre mir zu gewagt. Da halte ich den Verweis auf die EZB als Gliederung der Demokratie durchaus für vorwärtsweisend. Die Zweigliedrigkeit zu konstruieren; hier die Demokratie aus deren Versagen wir lernen, dass wir an der Demokratie vorbei Probleme für alle lösen sollen, erschien mir problematisch.

Paul Willems: Unterstützend: Ich bin nicht mit dem was man Demokratie nennt, unzufrieden, wohl aber mit der Art und Weise wie sie durch politische Entscheidungsträger umgesetzt wird. Es kann aber nicht angehen, dass wir Parallelinstitutionen, die dieselben Versteifungstendenzen oder Disfunktionalitäten zeigen würden wie die augenblickliche Politik als Alternative verstehen. (gemeint sind trusts – S.H)

Worauf es ankäme -und das zeigt sich in ganz vielen Punkten, auch im Grundeinkommensthema, auch bei den Nichtwählergemeinschaften oder den Fragen der direkten Demokratie- ist, dass es ein Unwohlsein gibt, man könnte sagen: **Ein außerparlamentarisches Unwohlsein, dass sich dort Modelle, Ideen, Visionen formulieren, die mit einem gewissen Druck gegen die obwaltende Form heutiger Politik– kurzfristig – Flickschusterei, konzeptlos ohne Nachhaltigkeits- und Zukunftsaspekt -agiert.** Da ist die letztlich entscheidende Frage. **Wie schafft es eine „mündiger gewordene Zivilgesellschaft“, sich wieder die Hoheit oder auch Dreistigkeit anzueigenen, die Politik wieder auf diesen Weg zu bringen.**

Oliver Moldenhauer: Ich denke, dass man das trennen kann:

In der Commonsdebatte, so wie ich sie verstehe, haben wir **Gemeingüter, die nicht wahrgenommen werden, die privatisiert oder zerstört werden. Seien es Kultur- oder Naturgüter. Das ist kaum Gegenstand einer politischen Debatte...**

Bei Umweltgütern ist meist das Bewusstsein da, bei den Wissensallmenden/kulturellen Gütern nicht. Das ist m.E. das Problem in der Commonsdebatte. **Ein Lösungsvorschlag ist: Man schafft extra Institutionen, die das aus dem politischen Tagesgeschäft oder Jahresgeschäft nehmen.** Das ist unabhängig voneinander. Ich würde dafür plädieren, Letzteres zu tun. Wir haben ganz viele Institutionen, um die Zerstörung zu beschließen und das ist irreversibel: Wir müssen jetzt Institutionen machen, die das irreversibel verhindern. **Trustsvorschläge zielen darauf ab, soweit wie möglich schwer veränderbare Regeln für den Erhalt solcher Ressourcen zu beschliessen.** Das heißt nicht, dass die Einnahmen eines trusts dann für alle Ewigkeit für den Bau von Kindergärten oder für Dachbegrünung ausgegeben werden müssen, sondern die Aufgabe des Trusts ist schlicht, **die Ressource als Commons zu erhalten und die Erträge in einem demokratischen Prozess an die Commonsbesitzer zu übergeben.**

Eine andere – vielleicht machtpolitischere Argumentation (wieder Bezugnahme auf Peter Barnes) ist zu sagen: Das Problem ist nicht so sehr, dass wir nicht politische Entscheidungen treffen könnten, die Konzerninteressen zurückdrängen. Das Problem ist, dass das zu wenig geschieht.

Die Argumentation von Barnes ist nun: Aber alle 30, 40, 50 Jahre haben wir mal eine vernünftige Regierung und wir müssen darauf hinarbeiten, dass, wenn sie kommt, die Bedingungen dafür bereit sind, dass sie uns längere Fristen für vernünftiges Commonsmanagement durchsetzt. Ein kleines Beispiel ist das Odertal. Dort hat kurz nach der Wende eine Ampelregierung riesige Flächen unter Naturschutz gestellt und einen Großteil der Flächen an Vereine verschenkt. Die Bauern haben später riesige Debatten gegen die hohen Umweltauflagen geführt, aber der Landtag konnte einfach sagen „Naturschutz ist jetzt nicht mehr so wichtig“ und die Dinge ändern, da das Land nicht dem Land gehörte, sondern privaten Vereinen...

Bertram Keller: Aber diese Privatisierung ist doch auch Teil einer großen Gefahr. Es klingt wunderschön, für alle möglichen Dinge unterschiedliche trusts zu haben. Doch es wird Kollisionen in den Zielen dieser Trusts geben.

Wenn das alles private Organisationen sind, wer regelt dann die Kollisionen zwischen den trusts? Wenn wir uns das **auf globaler Ebene** denken, mit entsprechenden finanziellen Mitteln, haben wir **staatsähnliche Gebilde, aber wer kontrolliert denn die?** In welcher Weise sind sie völkerrechtlich eingebunden oder angebunden?

Deswegen gefällt mir das Zentralbankbeispiel sehr gut. Weil da ein Konzept mit politischer An- und Einbindung inkl. Möglichkeit der Abwägung von Strukturen bei gleichzeitiger Unabhängigkeit gefunden wurde. Ich finde es ein Riesenproblem, die Trusts alleine auf dieser Privatisierungsebene zu diskutieren – gerade wenn es globaler wird, sehe ich da Kollisionen zwischen den Zielen.

Martin Rocholl: Es gibt auch andere Beispiele – z.B. öffentlich-rechtliche Sender, auch ein verwirklichtes Modell, in dem ein Teil der Öffentlichkeit an eine Institution übergeben und kontrolliert wird.

Kleine Anmerkung zu „Ein Entweder-Oder“ gibt es nicht. Natürlich gibt es das. Das beste Beispiel ist die Wikipedia. Die dafür gesorgt hat, dass der Brockhaus oder Meyers Lexikon im Orkus verschwinden. Dort hat ein Commonsprojekt eine private Alternative besiegt.

Das gleiche Entweder-Oder kann natürlich auch entstehen, zwischen ÖR und privaten Medien, weil das ökonomische Modell der privaten Medien stark in Frage gestellt ist, wenn die ÖR ihre Inhalte mit Millionen Subventionen ins Netz stellen. Ich als Gebührenzahler möchte, dass die Informationen länger als eine Woche im Netz stehen. z.B. eine Gesundheitssendung. Es macht keinen Sinn, dass dies nur eine Woche verfügbar ist. Ich habe Anspruch darauf, dass die Informationen länger im Netz stehen.

Aber es zeigt doch, dass man -angesichts dessen, dass das Refinanzierungsmodell der Privaten Medien in Frage gestellt ist- neu über Öffentlichkeit nachdenken muss und natürlich auch über diesen Zwiespalt zwischen Commons und Privatunternehmen.

Lili Fuhr: Nochmal zurück zum Plädoyer für Diversität.

Zur Frage, inwieweit der Staat in einer Demokratie theoretisch auch alles regeln könnte, wenn er nur wollte. Da muss man sich klar machen, dass das bei bestimmten Allmenden, z.B der Atmosphäre, auch theoretisch nicht funktioniert, den wir haben keine Weltregierung. Tatsächlich ist ein deutscher Finanzminister mit Einnahmen aus dem Emissionshandel vielleicht mir rechenschaftspflichtig, aber nicht einem afrikanischen Kleinbauern, der unter dem Klimawandel zu leiden hat.

Da kann man die Ansprüche, die erfüllt werden müssen, nicht allein an den Staat stellen. Und deswegen dieses Plädoyer für Diversität, wo zum Teil der Staat diese Rolle einnehmen kann, zum Teil aber auch nicht.

Hans Joachim Döring: Plädoyer für mehr Konkretheit in der Debatte um Institutionen entlang des unterschiedlichen Charakters der Commons. Wir haben viel von Commons geredet, die ohne große

materielle Aufwände erweiterungsfähig sind, aber Land, Boden und anderes ist begrenzt und hat andere Kriterien oder auch Gesetze.

Rainer Kuhlen: (bezogen auf Fuhr) Ich fand den Gedanken eben ganz richtig, er gilt nicht nur für Luft. Ich würde das zu einem **allgemeinen Kriterium von Commons machen, dass es eben eine nationalstaatliche Regulierungsfähigkeit übersteigt**. Das ist beim Erdöl ähnlich, bei den Fischen in den Meeren und ganz radikal auch bei dem Wissen. Wenn das radikal verknappt wird, hat das Folgen weltweit. Das ist fast ein Prinzip von Commons, dass es nicht mehr auf der nationalstaatlichen Ebene gelöst werden soll.

Noch ein weiterer Gedanke, der bislang zu kurz kam: Ich möchte zu bedenken geben, dass letztlich irgendwo der gesellschaftliche Reichtum erwirtschaftet werden muss, der später verteilt werden kann. Auch eine Commonswirtschaft muss das tun, sie muss einen Ertrag erwirtschaften. Daher meine Frage: Können wir in der Debatte eigentlich die Wirtschaft außen vor lassen? Eben wurde deutlich, der ÖR hat heute Möglichkeiten, die das Geschäftsmodell der Privaten kaputt macht. Ähnlich kann man auch sagen: das Geschäftsmodell der privaten Verleger, der Publizisten ist eigentlich kaputt. Denn es beruhte darauf, dass sie über das Kapital verfügten, mit denen sie Druckmaschinen kauften, Know How usw. Dadurch konnten sie das Produkt aneignen. Aber das ist heute nicht mehr möglich, da das Kapital für den Druck im Internet schon vorhanden ist.

Wenn das aber zum generellen Prinzip gemacht wird, muss man die Frage stellen, wird dann vom ÖR gesellschaftlicher Reichtum produziert oder bezahlen wir alles über die Steuergelder. Und woher bekommen wir dann die Gelder, wer erwirtschaftet das Geld?

Und da ist mein Plädoyer: Dass man **erst dann den Durchbruch mit Commons erzielen kann, wenn es Prinzipien einer Commons Based Economy werden, wenn sich das wirtschaftliche Handeln selbst an der Haltung von Commons orientiert**.

Das steht heute bei den Fernsehsendern ausserhalb jeder Debatte, aber bei den Publikationsinstitutionen dringt erst ganz langsam durch, **dass sich am besten Geld mit Open Access verdienen lässt**. Die Ökonomie muss dabei sein, wenn wir über Commons reden. Um Clinton zu zitieren: It' s the Economy Stupid.

Benedikt Härlin: Kleine Anmerkung zu Wikipedia: Es ist noch nicht ausgemacht, ob wir uns darüber freuen, dass dieses Commonsprojekt, dem guten Alten Meyers Lexikon den Garaus macht. Nicht nur aus Qualitätsgründen, sondern auch weil Wikipedia zu einem neuen Kampfgebiet von Privatinteressen geworden ist. Jeder kann reinschreiben. Vor allem der, der am meisten Geld investiert, damit jemand reinschreibt. Ich verfolge zum Beispiel den Kampf um die Gestaltung der Gentechnikwebseiten. Da tobt der Kampf heftig. Wer gewinnt, hängt auch davon ab, wer sich die Arbeitszeit leisten kann, die da reingesteckt wird.

Gutes Beispiel dafür, dass Commons noch keine Garantie für „im Besten öffentlichen Interesse“ ist. Der andere Punkt:

Alles ist Ökonomie. Wir fantasieren ja nicht eine Welt jenseits der wirtschaftlichen Aktivitäten. Ein wichtiger Ausgangspunkt ist doch: bestimmte öffentliche Güter haben keinen Preis oder einen viel zu niedrigen Preis oder werden nicht als Teil der gesamtwirtschaftlichen Rechnung wahr genommen. Das ist eines der großen Probleme mit den endlichen/ natürlichen Ressourcen und daher nach den Gesetzen des Marktes missbraucht und malträtiert werden. Das liegt in der Logik des Marktes. Also muss man ihnen einen Preis geben. Es gibt gar keine Alternative dazu.

Aber es gibt z.B. den Versuch, z.B. den CDM – ein Versuch, Globale Emissionsrechte auszugeben.

Doch was da passiert ist, ist absolut grotesk – übelster Missbrauch. Auf dieser höchsten Abstraktionsebene internationaler Vereinbarungen, und das möchte ich zu bedenken geben, sind diese Missbräuche besonders leicht durchzusetzen.

In keinem Dorf könnte man so beschießen wie bei der UNO. Ich habe viele Internationale

Verhandlungen verfolgt, weiß, mit welch geringen Mitteln, man Dutzende von Staaten über den Tisch ziehen kann. Es gibt keine Kontrolle. Die Regierungen wissen überhaupt nicht, was ihre Vertreter bei manchen UNO-Veranstaltungen so alles von sich geben.

Die Vorstellung, wir könnten globale Commons verwalten, halte ich für extrem vermessen. Dann ist bottom up schon eine sehr wichtige Voraussetzung.

Christiane Grefe: Wir müssen sie aber verwalten. Und genau das ist das Problem. Ich muss daher ein Unwohlsein artikulieren. Ich finde, dass die Parlamente in dieser Diskussion extrem unterbelichtet sind. Ich finde, dass in dem ganzen Prozess, der diesem Problem zu Grunde liegt, nämlich der Erosion der Commonsverwaltung aber auch des Staates durch die Verabsolutierung des Marktes und des Privaten auch das Parlament zum Schwächeln getrieben wurde. Übrigens auch unter Mithilfe der Zivilgesellschaft – die gesagt hat, wir machen das ganz gut alleine, direkt mit der Wirtschaft.

Für mich sind die Parlamente immer noch die, die die stärkste Rückkopplung und Legitimation haben. Es wäre eine wirkliche Aufgabe, diese ausgelaugten und ausgehungerten Institutionen ins Bewusstsein zu rufen. Gerade hier in Berlin.

Wolfgang Sachs: Ich glaube, mit der Beschränkung des Parlamentarismus, hängt unsere Diskussion ganz eng zusammen.

Der Parlamentarismus ist deshalb schwach, weil die Politik so allgegenwärtig werden musste. Man kann die Geschichte der letzten zweihundert Jahre als eine permanente Expansion der Reichweite der Politik beschreiben. Die Dinge, mit denen wir uns hier beschäftigen waren bis vor 10 Jahren keine Politikfeld. „Was heißt hier Politik – das Klima gibt es.“ Dasselbe gilt für genetische Ressourcen. **Es ist also kein Zufall, dass die Commonsdiskussion an den *frontiers* erscheint, wo plötzlich neue Lebensbereiche politikabel werden, die vorher einfach natürlich gegeben waren. Das Parlament kann ja nicht allgegenwärtig sein, insofern gibt es da eine Art systemische Überlastung.**

Mein Eindruck ist zudem, dass die **Commonsdiskussion auch eine implizite Kritik der gegenwärtigen Form des Parlamentarismus ist.** Ich denke, unsere Form des Parlamentarismus kann man beschreiben als eine Arena von konkurrierenden Eigeninteressen. Es fungiert bestenfalls als Ausgleich von Interessen. **Und überall in unseren Diskussion kommt jetzt Folgendes: Wir vertreten jetzt nicht eine andere Form des Selbstinteresses, sondern wir treten alle unter dem Banner des Allgemeininteresses an** – oder Gattungsinteresse, wie die Grünen früher sagten. **Diese Art von Interesse, die die Summe der Eigeninteressen transzendiert, ist irgendwie nicht institutionell vertreten.** Daher kommt ja die ganze Suche, nach denen, die irgendwie abgehoben, die die Weisen sind ... und wir sind in diesem Strom mittendrin. Das muss man anerkennen.

Christoph Schlee: Ich glaube, das ist auch die einzige Möglichkeit, diese Schwächung der Parlamente so schnell wie möglich zu beheben. Ich glaube nicht, dass man sie dadurch behebt, dass man den Druck von der Straße oder von Expertisen, von Fragestellungen und Problemen ganz schnell wieder in die Parlamente hinein schiebt. Und damit aus der Kulturgesellschaft heraus, die es leider noch nicht richtig gibt. **Es macht keinen Sinn, in der Angst, dass man nicht demokratisch ist, gleich wieder alles den demokratischen Institutionen zuzuschieben.** Das ist ein Missverständnis.

Den Verantwortungsstaat, den wir in unserer postfeudalen Denkweise immer wieder einfordern, gibt es nicht mehr, und es wird ihn auch nicht wieder geben.

Silke Helfrich: Noch einmal Versuch, der begrifflichen Klärung. Die letzten Diskussionen haben

gezeigt, dass wir die Begriff sehr unterschiedlich benutzen.

Was ist denn eigentlich das Commons bei den Öffentlichen Medien? Ist die ARD ein Commons? Ist die Wikipedia ein commons? Das würde ich strikt verneinen. **Wir dürfen die Organisationsform gewisser Dinge nicht mit der Essenz dessen verwechseln, worüber wir reden. Mit dem, was uns allen zusteht, was uns allen gehört. Bei Medien ist es das Spektrum.** Das, was uns zur Verfügung steht, um Daten von A nach B zu schicken. **Darüber hinaus das über Jahrtausende akkumulierte Wissen.** Und das wird in der Wikipedia gesammelt. Kein Mensch kann sagen: Der Algorithmus xy gehört mir.

Aber ob das zur Verfügung Stellen des Wissens in diesem oder jenem Modell organisiert wird, ist etwas, das konkurrierende Modelle miteinander auskämpfen. Und es ist natürlich richtig, dass das bisherige Geschäftsmodell der Verwertung von Wissen durch die Wikipedia in Frage gestellt wird. Das ist ein Sieg eines bestimmten Geschäftsmodells, nicht „des Commons“. Es ist ja so, dass es wieder neue Einfallstore gibt, die wiederum das Modell der Wikipedia in Frage stellen, oder dass sie sich evt. nicht die nächsten hundert Jahre refinanzieren kann. Das ist alles möglich.

Das ist aber kein Sieg des Commons, sondern der Sieg eines bestimmten Geschäftsmodells. Wir verteidigen doch nicht eine bestimmte Organisationsform, wir verteidigen unser Recht auf Zugang und Nutzung von Dingen, die schon da waren oder die kollektiv erzeugt worden sind.

Einwurf: Ich würde schon sagen, dass ARD und ZDF Commons sind, schon deshalb, weil wir sie bezahlen, wir sind a gezwungen, sie zu bezahlen.

Einwurf: Das ist ein öffentliches Gut...

Silke Helfrich: Ja, ein öffentliches Gut (bzw. eine staatlicherseits erbrachte Dienstleistung – Erg. S.H.) aber kein Commons. Das haben wir ja versucht, im ersten Salon sehr deutlich zu machen.

Öffentliches Gut ist nicht dasselbe wie Commons.

Natürlich leiden sich aus der öffentlichen Finanzierung von Dingen auch unserer Anspruchsrechte darauf ab. Aber mit dieser Diskussion sind wir doch sehr schnell fertig und da sind wir uns auch alle einig. Doch so einfach ist die Commonsdebatte nicht. **Es ist doch deshalb so relevant, etwas als Commons zu benennen, weil wir nur dann diesen Anspruch auf Zugangs- und Nutzungsgerechtigkeit ableiten können.**

Es gibt eben viele Commons, die nicht öffentlich erzeugt wurden, wo das nicht auf der Hand liegt, die nicht aus den öffentlichen Kassen stammen. Und Deutschland gibt es noch ein paar mehr, im Rest der Welt aber ganz wenige. Die also nicht Öffentliche Güter im eigentlichen Sinne sind. Wenn wir es also nicht schaffen, die Dinge, die wir als Commons begreifen, zu denen wir eine besondere Beziehung haben, die eine besondere Funktion erfüllen – aus historischen, geographischen Gründen, weil sie schon da waren, wie die Erde selbst, wenn wir das nicht klar haben, woraus wollen wir dann den Anspruch auf Zugangsgerechtigkeit ableiten.

Und diese Frage ist doch längst entschieden worden. Nämlich zu Ungunsten der Commons. Z.B. in der Frage des Bodens. Sie ist überall da zu Ungunsten der Commons entschieden worden, wo Commons erodieren (und unsere Verfügungsrechte dahinschmelzen). Aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichen Organisationsformen. Nicht alle privatisierten Commons erodieren – diese Behauptung ist m.E. nicht im Raum.

Es ist wichtig, dass wir uns bei jeder Diskussion um die Organisations- und Verwertungsmodelle bewusst machen, was eigentlich das Schützenswerte ist, zu dem wir um Zugangs-, Nutzungsgerechtigkeit und Teilhabe streiten.

Zur Parlamentarismuskussion:

Der Parlamentarismus nimmt uns etwas ganz wichtiges ab. Er lässt nämlich zu, dass wir etwas delegieren. Wenn wir aber das Herz zu den Dingen brauchen, um uns zu engagieren, dann hat der Parlamentarismus einen Anteil daran zu sagen: „Das machen doch die in Berlin oder in Brüssel.“ Und irgendwann ist es dann ganz weit weg. Was nun wieder nicht heißt, dass ich den Parlamentarismus schlecht finde, sondern zu schauen, was hat der Parlamentarismus für einen Anteil an den Prozessen der Loslösung von dem, was eigentlich uns zusteht und worum wir uns kümmern müssen.

Frage nach begrifflicher Unterscheidung Commons – Öffentliches Gut:

Öffentliche Güter sind m.E. Ein Teil der Commons, und zwar die sozial erzeugten und öffentlich finanzierten und kontrollierten Commons.

In der klassischen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion wird das immer umgekehrt beschrieben, die Commons als ein Spezialfall der öffentlichen Güter, welche sich dadurch auszeichnen, dass die Zugangsbeschränkung zu Ihnen besonders kostenintensiv oder schwierig ist. Beispiel Leuchtturm, Beispiel öffentliche Straßen, Beispiel Militär.

Ich sehe Commons als etwas Ererbtes und etwas kollektiv Erzeugtes oder auch das, was als öffentliche Dienstleistung bereit gestellt wird, um ein Commons -wie die Gesundheit- zu erhalten. Der Emissionsrechtshandel ist m.E. kein Commons, sondern eine Institution, die das Commons schützen soll – und das ist die Stabilität der Atmosphäre.

Rainer Kuhlen: Genauso mit dem Militär – ist kein Commons, sondern eine Institution zur Gewährung der Öffentlichen Sicherheit. Die Öffentliche Sicherheit ist ein Commons.

Unverständlich...:

Christian Siefkes: Das ist ein Punkt, den ich aufgreifen möchte. Wir hatten gesagt, bei den kollektiv erzeugten Commons muss es immer eine Gemeinschaft der Kümmerer geben, sonst zerfällt ein Commons. Das scheint mir heute bei der Prinzipien Diskussion außen vor zu bleiben.

Wir scheinen die Frage der Prinzipien losgelöst von den Gemeinschaften zu betrachten. Aber natürlich ist es die Gemeinschaft derer, die Wikipedia schreibt, die die Regeln festgelegt hat.

Das ist auch der Grund, warum es überhaupt funktioniert. Das ist der Grund warum manche Dinge so abheben, während andere Versuche, wo die Regeln nicht so glücken, wieder eingehen.

Die Prinzipien können gar nicht von vorn herein festgelegt werden, sondern sie entstehen immer innerhalb der Gemeinschaften der Kümmerer selbst.

Deshalb ist es völlig illusorisch zu sagen, der Staat macht irgendwas. Er kann schon vieles machen, aber er müsste schon so eine Gemeinschaft zu Stande kriegen.... Bisher war es immer relativ losgelöst vom Staat, was nicht heißt, dass es nicht auch mal anders geht. Das wichtige ist also die Gemeinschaft.

Hans Joachim Döring: Vielleicht können wir das nächste Mal zur Rolle der Kümmerer reden. Ich kann ja die Diskussion um Gemeingut nicht nur von der Rolle /Instensität der Kümmerer abhängig machen. Das wäre zu herzig. Es gibt ja auch noch andere Instanzen, „Sorgende“...

In der Landwirtschaft sind übrigens die Kümmerer etwas ganz anderes.

Das sind die 12. oder 13. Ferkel, die nicht mehr durchgebracht werden, die dahinkümmern und dann auch tatsächlich liquidiert werden.

Christian Siefkes: Staat kann eine positive Rolle spielen, wenn er auf die Bedürfnisse der Kümmerer eingehen kann, z.B. Wissenschaftsbereich. Wenn aber Wissenschaft vom Staat gefördert wird, sollte sie auch als öffentliches Gut, durch Gesetze geschützt werden, sollten sie nicht patentierbar sein usw.. Und es gibt diese Gemeinschaft der Kümmerer, nämlich die Leute an Unis und Forschungseinrichtungen. Und die sind ja durchaus für Open Access. Sie sind aber nicht stark genug sind, machen das teilweise „hintenrum“, stellen ihre Dokumente auf die homepage usw. Wenn der Staat das aber einfordern würde (Open Access), vorschreiben würde -eben weil er auch finanziert- wäre das sehr hilfreich. Da gäbe es positive Synergieeffekte.

Christoph Schlee: Weitere Anmerkung dazu: Für Kümmerergemeinschaften in der Wissenschaft und anderswo -meine ich als Grundeinkommensbefürworter gilt: Es wäre noch einfacher, sich zu kümmern, wenn die **Kümmerer** nicht vom Staat abhängig wären. Solange der Staat dieses Kümmern bezahlt, dann sind sie auch nicht wirklich unabhängig und nicht in der Lage, diese Unabhängigkeit gegenüber dem Staat zu behaupten, wenn sie für diese Zeile eintreten. Ich denke, **genau sie müssen diese Zieldefinition liefern, die die Parlamente, wie wir sie kennen nicht mehr im Stande sind zu leisten.** Ich glaube nicht dass die Parlamente überflüssig sind, aber dass sie diesen Impuls aus der Kulturgesellschaft durch diese Kümmerer brauchen. Wie man die organisieren kann? Ich würde mich da auch nicht an dem Begriff der trusts festbeißen, die **Diskussion der Organisationsformen ist noch lange nicht ausgestanden. Aber dass es die geben muss und dass sie sich gegenüber den Parlamenten behaupten müssen, ist doch völlig klar.** Denn die Parlamente können ganz offensichtlich gegenüber wirtschaftlichen Argumenten nicht als solche standhalten. Denn sie brauchen Prinzipien mit denen sie gegenüber diesen wirtschaftlichen Prinzipien/ Marktprinzipien verhandeln sollen. Wo sind denn diese Prinzipien? Wir haben sie in dieser Runde und in manchen ambitionierten Runden sind sie vielleicht bekannt, aber in der Gesellschaft sind sie nicht bekannt oder werden nicht ernst genommen.

??

Ich glaube, dieses Modell kann funktionieren, bei Commons, die man selber schafft. Bei Freier Software o.ä. Da ist ein Club, man assoziiert sich, entscheidet selber. Das geht vielleicht. Aber man kann doch nicht sagen, beim Wasser gibt es bestimmte selbst, durch nichts legitimierte Kümmerer, die jetzt entscheiden, wie mit diesem Commons zu verfahren ist.

Christoph Schlee: Aber wie ist denn dann das Bewusstsein für die Problematik des Wassers überhaupt entstanden? Doch nicht dadurch, dass der Staat

??

Durch gesellschaftliche Einflüsse, gesellschaftliche Bewusstwerdung, die durch den Filter der Politik muss...

Christoph Schlee: Aber diese Ökologen, die da aufgestanden sind, das sind doch Kümmerer. Was waren das sonst?

Wolfgang Sachs: „Störende Bemerkung“ - Gegen Ende eines Treffens kommt man immer zurück auf Grundlagen.

Ich höre **Begriffe von Öffentlichen Gütern, Commons und Open Access, von denen ich ein anderes Verständnis habe. Wir müssten die gemeinsamen Stunden noch einmal durchgehen, um diese Unterscheidungen klarer und für alle auch klarer zu treffen.**

Einwurf: Zurück zum Ersten Salon...

Bertram Keller: Hätten wir zusammen etwas geschrieben, hätten wir uns auf eine Terminologie einigen müssen...

Hans Joachim Döring: Plädoyer für Nüchternheit, auch gegen die Idealisierung des Kümmererbegriffs. Es gibt eine lange Tradition des Umgangs mit commons, es gibt immer 15% Eliten, die sich um solche Sachen kümmern, wir sind da nicht die einzigen.

Rainer Kuhlen: Annette Mühlberg hat nicht in die Diskussion eingegriffen, obgleich sie eine ziemlich deutliche These in den Raum gestellt hat, die in der Diskussion doch teilweise relativiert wurde. **Dass nämlich die gegenwärtige Ausprägungsform von parlamentarischer Demokratie durch die Commonsdebatte auch teilweise zur Disposition gestellt worden ist, indem diese Parlamentarische Demokratie definiert wurde als Arena zum Austragen von Partikularinteressen.** Das ist in der Politiktheorie ja auch klar. Es folgt auch den Regeln von Public Choice, nach der wir auch private Entscheidungen treffen. Es ist ganz klar, dass in den letzten Jahren eine Privatisierung des Commons durch unglaubliches Lobbying betrieben wurde und die Parlamentarische Demokratie in dieser Arena immer stärkerem Druck ausgesetzt ist. Daraus kann man Vieles schließen, aber zunächst muss man daraus schließen, **dass sich Interessen für commons ausserhalb dieser parlamentarischen Demokratie entwickeln müssen.** Ob das nun Kümmerer genannt wird ist eine andere Frage. Und dann müssen wir Mehrheiten finden ... und dann -selbstverständlich- wird das in den politischen Prozess eingebracht. Da müssen es die Juristen in code gießen.

Aber wir können das nicht von der gegenwärtigen politischen Debatte erwarten. Ich erlebe es am Beispiel Urheberrecht, wo Millionen ausgegeben werden im Sinne der Verwerterinteressen und wir als Aktionsbündnis der Wissenschaft haben die ganzen Prinzipien und Werte ständig eingebracht – und dennoch spielen sie in der Politik gar keine Rolle. Und da würde ich Annette gern nochmal fragen.

Christiane Grefe: Das halte ich für eine Beschreibung eines degenerierten Parlamentarismus, wie man ihn teilweise auch beschreiben kann, aber nicht für die Definition. Das Parlament ist nicht einfach ein Ort (des Aushandelns) der Partikularinteressen. Der Abgeordnete ist dem Allgemeininteresse seiner Region verpflichtet (insofern vielleicht partikular von regional und nicht partikular im Sinne von Konzerninteresse). Dass es dazu gekommen ist, und das Einzelne das so machen, ist sicher richtig – aber eben nicht die Definition. Das ist einfach falsch und extrem problematisch.

So wie ich es problematisch finde, dass es hier ein Erstaunen darüber zu geben scheint, dass man Parlamentarier beeinflussen muss. Natürlich muss man das. Das ist Parlamentarismus. Und dann muss der **Parlamentarier im Sinne des Gemeinwohls entscheiden.** Es kommt immer so ein bisschen daher wie „Die bösen Konzerne, die die Parlamentarier beeinflussen....“

Man darf diese Struktur nicht so preis geben. Ich sehe auch keine andere Struktur, vor allem weil dem Regierungshandeln etwas entgegen gesetzt werden muss, welches ja so fokussiert und kleinteilig arbeitet, dass es noch viel empfänglicher für Partikularinteressen ist.
... doch zurück zu Moral und Ethik.

Annette Mühlberg: Ich habe klar gesagt: Die Lage ist im Augenblick schlecht. Ich kann das nochmal klarer formulieren. Da sitzen Leute die ab 45, ab 50 aufwärts sind, die irgendwie mitgekriegt haben, dass Technik wichtig ist oder -im grünen Spektrum- dass AKWs böse sind. Ansonsten ist es furchtbar mager. Und dann sind manche schon so alt, dass sie es nicht mehr mit pubertierenden Kindern, die nur nerven, zu tun haben, sondern mit Enkelkindern, von denen sie

etwas lernen können. Deswegen findet man bisweilen bei 65 jährigen Politikern mehr Verständnis als bei jüngeren, die gar nichts verstehen.

Wenn ich etwas Inhaltliches vermitteln will ... ist es absurd. Die Hindernisse sind primitiv, das hat noch nichts mit politischer Überzeugung zu tun. Das hat einfach damit zu tun, wie die eigene Lebenswelt ein bestimmtes Verständnis vorstrukturiert. Und dann kommt man zu der Frage:

inwiefern glauben (halbwegs anständige) Politiker an ihre eigene Handlungsfähigkeit im globalisierten Rahmen und inwieweit setzen sie sich noch ein? Das ist sehr ernüchternd.

Das heißt, wir haben es zum Einen mit tatsächlich korrupten Menschen zu tun. Die kannst Du nur raus filtern und sie entarnen -wenn möglich. Kostet aber viel Investigationskraft.

Dann gibt es aber andererseits Chancen, z.B. wenn Du Lösungswege aufzeichnest, Hinweise gibt. Was ich festgestellt habe ist, dass Leute schlichtweg keine Ahnung haben. Das macht schon fast wieder Hoffnung, denn wenn man genug Zeit (Basisarbeit, Schulungen usw) hat, kann man vielleicht vermitteln, worum es geht.

Natürlich mussten immer Leute aufstehen und ihre Interessen bekunden. Aber es geht hier um argumentative Überzeugungskraft und möglichst nicht korrupte sondern argumentative im Sinne des Gemeinwohls. Wenn nun also nicht alle korrupt sind, dann gibt mir der massive Grad an Unwissenheit etwas Hoffnung. Auch, weil die Leute in der Bevölkerung die Nase von der Abhängigkeit von Unternehmen voll haben. Mittlerweile sind ja die Rechnungen auf dem Tisch. Vor 15 Jahren konnten man noch davon reden, dass Privatisierung alles effektiver und günstiger mache... Aber heute heißt „Reform“ in direkter Übersetzung „Abbau von“. Dann kommt der Doppelpunkt und es wird erklärt, was alles abgebaut wird. Entweder der Rechtsstaat, oder Leistungen oder beides. Das zieht sich seit mehreren Jahren durch und ist inzwischen angekommen. Es ist auch übergekommen, dass Schröder direkt zur Industrie gewechselt ist.

Der Punkt ist: Wir hatten vor ca 150 Jahren begonnen mit der öffentlichen Infrastrukturplanung. Parks, Bibliotheken, Stadtwerke und dann kam die Diskussion: Was ist öffentliches Gut? Und ist es besser verwaltet in privater oder öffentlicher Hand? Darauf gibt es doch gar **keine abschließende Antwort, sondern wir müssen permanent am Ball bleiben, um die adäquaten Regulative zu finden.**

Im Augenblick sind wir allerdings in einer Situation in der klar wird, dass es mit den benefits für die Bevölkerung bei der Privatisierung der öffentlichen Güter nicht so gut steht. Wenn ich mich in der Welt umschaue – sehe aber auch kein System, in dem das Gemeinwohl besser repräsentiert wird. Insofern ist der Parlamentarismus auch eine Chance. Es lohnt sich, dafür zu kämpfen, dass diese Strukturen auf den richtigen Weg gebracht werden, damit sie sich nicht selbst abschaffen, durch Korruption oder Nichthandeln.

Dieses Zeitfenster möchte ich nutzen und mit Politikern reden.

Ich möchte parallel (Stichwort Doppelstrategie) natürlich **Strukturen aufbauen und sagen: Wir gehen mit gutem Beispiel voran.** Dort, wo es geht. Zum Beispiel: Wenn ich etwas produziere – überlege ich immer: Könnte ich das nicht eigentlich der Allgemeinheit zur Verfügung stellen? Muss ich wirklich alle Rechte bei mir behalten? Das ist doch immerhin ein Ansatz. Das ist diskutierbar.

Ist es eigentlich so, dass mich jeder zitieren muss, wenn er einen Satz von mir verwendet, oder kann ich darauf verzichten? Das ist ein kleiner, privater Rahmen. Aber dann kommt das Pochen auf entsprechende Gesetzgebung. Oder man klagt seine Rechte als Linuxnutzer ein, indem Studenten den Unis klar machen, dass sie ihnen nicht vorschreiben können, bestimmte Programme zu nutzen, die auch noch massig Geld kosten. Das ist ein Unding.

Das Gleiche können Bürger machen - wie in der absurden Aktion um das ELSTER

Steuerprogramm, auf das Unternehmen verpflichtet wurde. Das führt dann zu solchen Situationen, dass z.B. ein Laden (wie Newthinking), dessen Aufgabe es ist, Freie Software unter das Volk zu bringen, sich Software von Microsoft anschaffen musste, um die Steuererklärung ausfüllen zu

können. Das ist absolut grotesk. Ich kann in der Kürze der Zeit gar nicht all die Bizarriheiten benennen, die z.B. durch EU-Vorgaben im Rahmen der Dienstleistungsrichtlinie in die Welt gesetzt werden. Alles Verwaltungshandeln muss elektronisch funktionieren, da steigen dann bestimmte Firmen mit bestimmten Standards an. Ein Riesenrattenschwanz...
Natürlich kann ich als Bürger Anforderungen formulieren, aber ich sollte darüber hinaus gehen. Wir haben das im Bereich von Verdi auf e-government/ öffentliche Dienste gerade ganz intensiv versucht.

Kurzvorstellung des Manifests

Quintessenz: Ich versuche, Politik noch anzusprechen und Demokratie zu erhalten.

... unverständlich

Rainer Kuhlen: Stichwort Verfolgen einer **Doppelstrategie**: Ich würde genau auch sagen, wir müssen **weiter unsere politischen demokratischen Organisation wahrnehmen**, uns mit den Argumenten der Urheberrechtsverschärfung auseinandersetzen, versuchen, kleine Schlachten zu gewinnen. Das tun wir auch ständig. Die andere Seite der Doppelstrategie ist, **neue, andere Organisationsmodelle des Commons zu entwickeln** – wie Open Access Initiativen, Freie Lexika wie Wikipedia, die auf Dauer auch die Politiker im demokratischen System überzeugen. Das zentrale Problem ist doch, dass dieses Aushandeln von Partikularinteressen -nach diesen Public Choice Ansätze- einfach immer systematisch und automatisch zu denen führen, die die stärksten (ökonomischen) Argumente haben. Das ist systemimmanent. Deshalb will ich hier auch diese Doppelstrategie vertreten. Das können wir beim nächsten Mal (Fragen der Institutionalisierung) intensiver diskutieren.

Benni Härlin: Ein **Vorschlag**, der vielleicht auch unserer relativ abstrakten Debatte weiterhelfen könnte.

Wie wäre es, wenn wir versuchen würden, **ein Inventar der Gemeingüter aufzustellen**. ...Mir ging gerade durch den Kopf: Heutzutage ist ja jedem öffentlichen Träger dem irgendwas gehört peinlich, dass es ihm gehört, dass er etwas kontrolliert. Das muss dann sofort verkauft oder privatisiert werden.

Wenn wir uns jetzt mal vorstellen, einfach zu sagen: „**Wir sind stolz so reich zu sein.**“ Und „**Das gehört uns allen**“. Wie wäre das? Und deshalb wird jetzt alles mal mit einem Kuckuck oder Siegel oder sonstwas gekennzeichnet. Alles was in der öffentlichen Hand ist, was Allmende ist, was uns -der Öffentlichkeit- gehört.

Das ist auch ein Strukturierungsvorschlag, um besser zu verstehen, ob nun ARD und ZDF Allmende sind oder nicht...

angeregte Debatte...

einen **Gemeinwohlsticker** und draufschreiben: „**Alles unser**“!

Oliver Moldenhauer: Der zentrale Punkt sind eben die Güter, die nicht der öffentlichen Hand gehören, weil gar keine Eigentumsrechte formuliert sind. Oder die gar nicht kontrolliert werden oder kontrolliert werden sollen (Luft, Wissen usw.) Das meinst Du wahrscheinlich mit, aber das ist genau das, was in der Debatte immer übersehen wird, deswegen betone ich es nochmal.

Benni Härlin: Genau darum ging es, erstmal zu sagen: „Alles unser“. Das ist der erste politische Schritt: „Luft gehört uns, keinem anderen. Wenn da einer ranwill...“

Und was formal eigentumsrechtlich der öffentlichen Hand gehört, gehört dann auch dazu – ist ganz klar.

Angeregte Debatte: Du brauchst dann zwei Sticker. Einen für das, was uns schon gehört. Und einen für das, was uns gehören sollte.

Und das, was wir nie haben wollten... Atommüll oder so.

Silke Helfrich: Ich finde den Vorschlag auch deswegen charmant, weil man daran vermutlich nochmal den Unterschied zwischen Commons und Öffentlichem Eigentum klar machen kann. Eine grundlegende Unterscheidung ist: **Ressourcen sind das Eine. Eigentumsverhältnisse das Andere. Commons können grundsätzlich in jedes Eigentumsregime fallen. Die können Privateigentum sein, oder Gemeineigentum verschiedenster Art.** Staatliches Eigentum ist ja nur eine bestimmte Form des Kollektiveigentums. (siehe Zusammenfassung Erster Salon)

Insofern ist es genau richtig zu sagen, wir brauchen mehrere Sticker:

Wir müssen erst einmal alles aufzählen, was öffentliches Eigentum ist. Das ist es ja nicht ohne Grund.

Viele Commons sind in der Tat privatisiert. Das sind die, die wir wiedergewinnen wollen.

Viele Commons sind als solche noch gar nicht entdeckt – auf dem Mond oder am Meeresboden oder wo auch immer...

Klasse Idee!

Abmoderation:

...

Es geht darum, das wir im Kontext der aktuellen Konfliktlage, im Kontext der Globalisierung, der Digitalisierung und der notwendigen Ökologisierung eine neue Balance von unterschiedlichen Akteuren (Interessen) suchen, die sich allerdings auf diese Bezugnahme auf das unsere gründet.

Und diesen Bezug muss man wieder herstellen. Auch emotional, denn sie ist tatsächlich aus verschiedenen Gründen weg, oder nie da gewesen. Das ist auch das Anliegen des Salons.

Ausblick auf folgende Salons.

Vielen Dank.